

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL MdL

30.11.2016

Pakt für Integration zwischen Kommunen und Land

Es dürfte eine der wichtigsten Maßnahme der grün-schwarzen Koalition sein: Der Pakt für Integration. Das Land stellt den Kommunen für Integrationsaufgaben in den kommenden beiden Jahren insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Mit 180 Millionen Euro werden die Kommunen bei den Kosten für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge entlastet. Weitere 140 Millionen Euro fließen in konkrete Integrationsförderprogramme und -Maßnahmen vor Ort. In den nächsten Wochen erfolgt eine Verständigung über die genaue Ausgestaltung der nötigen Maßnahmen.

Aus Geflüchteten sollen Mitbürgerinnen und Mitbürger werden

„Mit dem Pakt für Integration macht die grün-schwarze Koalition deutlich, dass wir die Kommunen angesichts der außergewöhnlich hohen Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr nicht damit allein lassen, diese vielen Menschen vor Ort zu integrieren. Wir stellen uns der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, aus untergebrachten Geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen“, erläuterte der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsgrünen Uli Sckerl Das könne nur in engem Schulterschluss mit den Kommunen gelingen, dort, wo sich Einheimische und Flüchtlinge begegnen, wo Kinder zur Schule gehen und wo soziale Kontakte geknüpft werden.

Unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiche Integration seien Bildung und Spracherwerb, Berufsqualifikation und Arbeitsmarktintegration sowie echte gesellschaftliche Teilhabe. Damit dies angesichts hoher Zugangszahlen in die Anschlussunterbringung gelinge, müsse der Pakt für Integration die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Landesregierung erhebe bei der Ausgestaltung der Integrationsmaßnahmen den Anspruch, auf den bestehenden Regelstrukturen aufzubauen und die Hilfssysteme zu verbessern. Dabei müssten vergleichbare Standards bei den Integrationshilfen erreicht werden. Sichergestellt werden solle auch, dass die Maßnahmenpakete untereinander anschlussfähig und kompatibel seien.

Förderer für geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive sollen künftig sogenannte Case Manager im Integrationsbereich werden. Sie sollen für die Unterstützung der neuen Einwohner*innen aber auch für das Bauen von Brücken zu den alteingesessenen Bürgere*innen da sein.